Der Kampf um den Achtstundentag

Eine Abrechnung mit den Sozialdemokraten

Am vergangenen Donnerstag stand im Sächsischen Landtag eine Anfrage der Sozialdemokraten über die Durchführung des Achtstundentages in den Staatlichen Werken zur Diskussion. Wir haben schon kurz im Bericht auf die Auseinandersetzung unseres Redners mit der SPD hingewiesen. Am Freitag versuchte die Volkszeitung eine Hetze gegen die KPD zu entfalten. Besonders zieht sie die Ueberstundenfrage in Rußland auf. Wir haben schon in unserer Freitagausgabe eine vergleichende Gegenüberstellung der Ueberstundenarbeit in Deutschland und Rußland gebracht. Dem haben wir jetzt nichts hinzuzusetzen. Zu den anderen Behauptungen der SPD lassen wir hier die wesentlichsten Ausführungen des

Genossen Renner

folgen:

Zwei Bemerkungen der letzten beiden Redner sind außerordentlich treffend für die Ideologie der Sozialdemokraten in bezug auf die Auffassung über die Führung von Kämpfen.

Herr Abg. Siegnoth hat in seinen Schlußausführungen die Regierung gebeten, sie solle sich doch um die Durchführung der geringsten Arbeitszeit beim Tarifvertrag kümmern. Er will damit wahrscheinlich die Regierung von den Sächsischen Werken etwas trennen und so den Anschein erwecken, als sei die sächsische Regierung nicht so mit den Sächsischen Werken verbunden, wie das tatsächlich der Fall ist, nämlich daß die Regierung faktisch die Unternehmerin für die Sächsischen Werke ist. Diese Tatsache ist deswegen gravierend, weil darin ein Ton zutage tritt, der sich für alle Eventualitäten auch in Zukunft alle Wege offen hält.

Die zweite Bemerkung hat Herr Abg. Menke gemacht. Er hat hier einen äußerst reaktionären Fragebogen vorgelegt, den die Direktion der Sächsischen Werke bei der Anstellung von Arbeitern ausgegeben hat, und hat dann, zur Regierung gewendet, erklärt, sie sei wohl selbst mit diesem Fragebogen nicht einverstanden. Das charakterisiert die Anträge, die die Sozialdemokraten gestellt haben, als Manöveranträge. Auch das, was Herr Abg. Bethke über die Stellung des Ministers Lipinski (Lipinski war gegen die Einführung des Achtstundentages — d. R.) und der Sozialdemokratie in der Frage des Achtstundentages in den sächsischen Staatsbetrieben ausgeführt hat, und ich für notwendig halte, noch einmal zu unterstreichen, charakterisiert, was die Sozialdemokraten mit diesem Manöver des Achtstundentages überhaupt wollen: nichts weiter als Wahlagitation betreiben. (Sehr wahr! b. d. Komm.) Und es ist sehr bezeichnend, daß sie jedesmal dann, wenn ihnen sachliche Argumente über ihre eigenen Handlungen im Spiegel gezeigt werden, mit einer wüsten Schimpferei antworten und auch hier geantwortet haben. Das zeigt doch nur, daß sie irgendwie getroffen sind und ihnen die Argumente ausgehen, um sachlich antworten zu können.

Wir haben von Anfang an, seit wir im Landtag sind, klar und deutlich die Stellung vertreten, daß die Herbeiführung der achtstündigen Arbeitszeit auch eine Aufgabe der Gesetzgebung, nicht nur der Landesregierung, sondern auch der Reichsregierung sei. Die Regierungen der Volksbeauftragten wie die Reichsregierungen, wo die Sozialdemokraten einen entscheidenden Einfluß hatten, haben es verabsäumt, den Achtstundentag zu einer gesetzlichen Maßnahme zu erheben (Sehr richtig! b. d. Komm.), denn die Verordnung über den Achtstundentag hat keine bindende Verpflichtung. Im Grunde genommen **deckt sich die Gewerkschaftspolitik der Sozialdemokraten mit der Gewerkschaftspolitik, wie sie von der Altsozialdemokratischen Partei gemacht wird**, und ich betone noch einmal, **deckt sich die Regierungspolitik der Sozialdemokraten allerorten, wo sie in der Regierung sind, mit der Regierungspolitik der Altsozialdemokraten.** (Lebhaftes Sehr richtig! b. d. Komm.) Vielleicht bemühen sich die Sozialdemokraten sogar, an einigen Stellen darüber hinauszugehen. (Zuruf b. d. Komm.: Preußen!)

Nun hat Herr Abg. Bethke aber eine Theorie sowohl über den Achtstundentag als auch über die Staatsbetriebe aufgestellt. Da muß ich allerdings sagen, daß eine solche Theorie über den Achtstundentag, daß der Achtstundentag nicht durchgeführt werden könnte in den Staatsbetrieben, solange in den Privatbetrieben noch länger gearbeitet würde, weil dann die Staatsbetriebe nicht mehr konkurrenzfähig wären, **die beste Propagandarede für die Industriellen ist.**

Dann hat Herr Bethke die Frage aufgeworfen, ob Staatsbetriebe sozialistische Betriebe sind. Ob Staatsbetriebe sozialistische Betriebe oder ob sie kapitalistische Betriebe sind wie die sächsischen Betriebe, hängt sowohl von der gesamten ökonomischen als auch von der politischen Struktur im Staate ab. Nach Karl Marx und der Auffassung aller Marxisten können Staatsbetriebe erst dann sozialistische Betriebe sein,

wenn sie auf dem Boden der proletarischen Macht entstehen,

nicht eher und nicht später.

Nun hat sich die Regierung auf den Tarifvertrag berufen, die Sozialdemokraten aber bezeichnenderweise auch. Aber diese sagen, dieser Tarifvertrag ist doch von den Gewerkschaften beileibe nicht freiwillig unterzeichnet worden, sondern auf Grund des Schlichtungsspruchs zustande gekommen. Richtig! Aber bis jetzt sind die Sozialdemokraten noch

immer für die wirtschaftsfriedliche Schlichtungspraxis eingetreten;

in dieser Linie treffen sie sich auf einmal wieder mit Herrn Bethke, sie tun nichts, um diese Schlichtungspraxis zu beseitigen, im Gegenteil, **sie rufen selbst den Schlichter an, statt gegen die Verbindlichkeitserklärungen** der Schiedssprüche **anzukämpfen.** Und die Gewerkschaftsführer haben die Entschließung, in der sie sich verbeten haben, daß im Sächsischen Landtage zur achtstündigen Arbeitszeit Stellung genommen wird, wenn ich mich recht erinnere, gerade in bezug auf die Sächsischen Werke angenommen. (Abg. Bethke: Jawohl, ich habe mich selbst zum Wort gemeldet!) **Es ist also ein sehr starkes Doppelspiel, wenn dieselben Gewerkschaftsführer, die diese Entschließung mit angenommen haben, heute aufstehen und entgegen ihrem Beschluß in den Gewerkschaften jetzt eine solche Stellung einnehmen, wie das hier geschehen ist.** Und dann sagten die Sozialdemokraten, dieser Schiedsspruch sei ihnen aufgezwungen worden. Es hat aber schon mehrfach die Frage der Kämpfe der Bergarbeiter in den Sächsischen Werken zur Debatte gestanden, da haben sie den Arbeitern empfohlen, **diesen Schiedsspruch als günstigste Lösung anzunehmen,** und zwar gegen die Forderungen der Opposition im Bergarbeiterverband, gegen die Stellung der Kommunisten in Hirschfelde und Umgebung. (Abg. Müller, Mittweida: Warum setzt sich denn die Opposition nicht durch?) Die Opposition wird sich bei den Arbeitern schon noch durchsetzen und über die Sozialdemokratie hinwegsetzen; sie haben jetzt noch den stärkeren Einfluß, weil sie sich auf eine sechs Jahrzehnte alte Tradition stützen, die erst überwunden werden muß.

Die Arbeiter werden sie überwinden, weil sie ein genau so starker, ja stärkerer Hemmklotz auf dem Wege der Befreiung sind wie die ASP.

Wir werden sehen, wenn die Sozialdemokratische Partei im Reichstag in die Regierung gehen wird, wenn die Verhältnisse sich in Deutschland auf Grund der jetzt zugespitzten Lage so ändern werden, daß man mit radikalen Manövern nicht mehr ausreichen kann, sondern man auf Grund der Verhältnisse gezwungen wird, Farbe zu bekennen. **Dann werden 99 Prozent der hier sitzenden sozialdemokratischen Fraktion den Weg der Alten Sozialdemokratischen Partei gehen.** (Zuruf b. d. Soz.: Der Wunsch ist der Vater des Gedankens!) Da ist nicht der Wunsch der Vater des Gedankens, sondern wir wünschen, **daß das Gros der Arbeiter zusammenkäme zum revolutionären Klassenkampf.** Die Sozialdemokraten stellen die Frage des Kampfes nicht, sondern sie kommen und bitten die Regierung, die kürzeste Arbeitszeit zu nehmen, die in dem Tarifvertrag als mögliche Arbeitszeit vorgesehen ist, damit sie den Druck der Arbeiter los werden. Das charakterisiert ihre ganze Einstellung und zeigt, daß sie nicht marxistisch, nicht wirklich sozialistisch denken, sondern daß sie auf Grund der Arbeitsgemeinschaftspolitik sich vollständig zu Epigonen und Sklaven des Kapitals entwickeln, daß sie unaufhaltsam den Weg auf die rechte Seite marschieren müssen.

In dieser politisch-ökonomischen Stellungnahme **sind Bethke und die Sozialdemokraten gleiche Brüder mit gleichen Kappen,** und man muß den Arbeitern bei einer solchen Frage sagen, daß, wenn sie den Achtstundentag wollen, sie **den Kampf aufnehmen müssen gegen den Willen sozialdemokratischer Gewerkschafts- und SPD-Führer.**

Sozialdemokraten über Rußland

„Mit Absicht wendet sich die Delegation von der Schmähschrift des Delegierten Arthur Koch-Mießbach, der, als er von der Einheit kein Geld bekommen konnte, es sich durch diese Endschrift verdiente."

Aus dem Offenen Brief acht sozialdemokratischer Rußlanddelegierter.

Ruhelohnversorgung der sächs. Gemeindearbeiter

Vom Verband der Staats- und Gemeindearbeiter wird uns geschrieben:

Die Generalversammlung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter am 8. 2. 1928 nahm u. a. auch zur Ruhelohnversorgung der Gemeindearbeiter Stellung und beschloß einstimmig die Annahme nachstehender Entschließung:

Die Generalversammlung vom 8. 2. 1928 protestiert auf das schärfste gegen das Verhalten der sächsischen Regierung und des Landtages in bezug auf weitere Verschlechterung der Ruhelohnversorgung der Gemeindearbeiter und auch dagegen, daß die beabsichtigten Richtlinien eine bessere Ausgestaltung zu unterbinden beabsichtigen. Der Vorwurf der absichtlichen Verankerung der bittersten Notlage der Ruheständler trifft nicht nur diejenigen politischen Parteien, durch die das Zustandekommen von Richtlinien ermöglicht wurde, sondern auch den größten Teil der Stadtverwaltungen, die nicht willens sind, gegen weitere Beschneidung des Selbstverwaltungsrechtes der Regierung den Kampf anzusagen. Nur dann, wenn es sich nicht um Arbeiterinteressen handelt, wird für die Ausbreitung des Selbstverwaltungsrechtes der Gemeinden geschrieben und gesprochen. Die Generalversammlung verpflichtet sich, nicht eher zu ruhen, bis diese Knebelung beseitigt ist. Von den Verbandskörperschaften wird erwartet, daß sie wie bisher den schärfsten Kampf führen.

Arbeitszeit des Dresdner städt. Pflegepersonals

Die Generalversammlung des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes nahm zu den Dienstverhältnissen des Pflegepersonals Stellung und beschloß die Annahme nachstehender Entschließung:

Die Generalversammlung vom 8. 2. 1928 stellt mit Entrüstung fest, daß der zähe Kampf des Pflegepersonals um Verkürzung der überlangen Arbeitszeit durch das Verhalten des Rates immer noch nicht zu einem tragbaren Ergebnis gelangt ist. Wenn heute die Arbeitszeit des Pflegepersonals in den Dresdner städtischen Krankenanstalten in der Woche noch bis zu 60 Stunden und teilweise noch darüber hinaus beträgt, so liegt eine derartige überlange und zermürbende Arbeitszeit weder im Interesse des Personals noch im Interesse der Kranken. Die Generalversammlung fordert das Pflegepersonal auf, unermüdlich für Verwirklichung der aufgestellten Forderung zu wirken und betont, daß die Bewegung nur dann zum Erfolge führen kann, wenn das gesamte Pflegepersonal weiter arbeitet, um sich restlos in der Reichssektion Gesundheitswesen zusammenzuschließen. Den kämpfenden Mitgliedern spricht die Generalversammlung die vollste Sympathie aus.

Sozialdemokraten als Lakaien der ASP-Bonzen

Was geht in der Filiale Zittau des DTV vor?

Mit welcher Raffinesse die Bureaukraten des DTV vorgehen, um den Willen der Mitglieder zu hintertreiben, zeigen deutlich die letzten Vorfälle in der hiesigen Filiale. Ende Januar fand in Zittau eine Mitgliederversammlung statt. In dieser wurde laut Statut die Ortsverwaltung gewählt. Gewählt wurden 2 Kommunisten und 3 Sozialdemokraten. Da nach dem Ortsstatut die Zittauer Ortsverwaltung zugleich die Filialleitung ist, war dieses Resultat den Reformisten nicht angenehm. Deshalb mußte sofort alles in Bewegung gesetzt werden, um diese Wahl illusorisch zu machen. Dieser Schlag wurde in der Filialgeneralversammlung geführt. Dort wurde von Delegierten geographisch verstreut liegender Ortschaften der Antrag eingebracht, eine Aenderung des Ortsstatuts vorzunehmen, so daß die Wahl der Filialleitung in der Generalversammlung erfolgen soll. Daß eine Vorbesprechung stattgefunden haben muß, ging auch daraus hervor, daß von einem bestimmten SPD-Mitglied Vorschläge gebracht wurden, die, wie sich bei der Wahl der Kartelldelegierten zeigte, auch schon vervielfältigt waren. Die von der Ortsgruppenversammlung gewählten Delegierten wurden nicht erst als Vorschläge anerkannt. Die Delegierten zur Generalversammlung waren sorgfältig ausgewählt worden. **Ein Delegierter gab bekannt, daß er zu seinem Mandat gekommen sei, er wüßte nicht wie.** Das dürfte bei vielen Delegierten zugetroffen haben. So war es auch nicht verwunderlich, daß die Machinationen der SPD-Schieber angenommen wurden. Von 75 Stimmberechtigten gaben 48 der Schiebung ihre Stimme. Es ist das erstemal, daß in der hiesigen Generalversammlung Listenwahl stattfand. Aber weil es den SPD-Schiebern nicht in den Kopf paßte, sabotierten sie die Verhältniswahl. Die Mitglieder der Zittauer Ortsgruppe müssen gegen das Verhalten der Angestellten des DTV sowie ihrer getreuen Stützen scharf Stellung nehmen. In der nächsten Mitgliederversammlung, wo es gilt, von der Generalversammlung Bericht entgegenzunehmen, müssen die Kollegen aus den Betrieben zahlreich erscheinen. Dort wird es auch gelten, für die nächste Generalversammlung Kollegen zu wählen, die nicht die Schiebungen der Bureaukraten mitmachen. Um die Kommunisten totschlagen zu können, war der ASP-Mann Winkler herbeigeeilt. Da war es interessant, **wie folgsam die SPD-Leute den Ratschlägen dieses Renegaten der Arbeiterbewegung folgten.** Anstatt solche Verräter auszuschließen, können sie noch immer bestimmend auf die Geschicke der Textilarbeiter einwirken.

Textilarbeiter, nehmt zu den Vorgängen Stellung, verlangt sofort eine Mitgliederversammlung und protestiert gegen die Rechtlosmachung der Mitglieder!

Verantwortliche Redakteure: für Innen- und Außenpolitik: Bruno Goldhammer; für Lokales, Gewerkschaftliches, Sport und Feuilleton: Richard Spengler; für den Inseratenteil: Arthur Burkert, sämtl. in Dresden. Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft — Druck: „Fortschritt", Druckereifiliale Dresden

Leutnant Klyschko

Eine Erzählung von G. Roklin

(Schluß.)

Ganz in der Frühe kamen die beunruhigten Stadtväter zu Klyschko gelaufen. Als dieser erfahren hatte, was eigentlich los war, fing er zu lachen an. Da aber die Dumaleute ganz verzweifelt aussahen, wurde er wieder ernst und befahl, die „Taugenichtse", die die Plakate geklebt hatten, ihm schnellstens vorzuführen.

Nach fünf Minuten erschienen vor den grausamen Augen des Hauptmanns vier Soldaten. „Euer Wohlgeboren, wir sind unschuldig, man sagte uns, daß wir die Plakate, die in der Ecke lagen, ankleben sollten. Wir taten es auch, aber gelesen haben wir sie nicht."

„Heraus!" befahl der Leutnant.

Der Besitzer der Druckerei wurde gerufen. Zum Tode erschrocken erschien dieser sogleich mit seiner nicht weniger erschrockenen Frau. „Euer Wohlgeboren, — wir schliefen, als die Plakate geholt wurden. Ich sagte, daß sie die Plakate von der rechten Ecke nehmen sollten, sie haben aber wahrscheinlich die alten Plakate genommen, die in der linken Ecke lagen. Ich versichere, daß ich ganz unschuldig bin." Die Mitglieder der Kommission für gesellschaftliche Ordnung rannten gleichzeitig in der Stadt herum, um die verfluchten Plakate von den Wänden herunterzureißen.

•

Nach einigen Stunden war die Geschichte mit den Anschlägen vergessen. Und wild wie die Kälber im Frühling, wenn sie aus dem finsteren Stall herausgelassen werden, so liefen die „Führer der Gesellschaft" zu Versammlungen, Beratungen, Trinkgelagen und so weiter.

Die Stadttätigkeit hatte mit einem Worte alle und alles umfaßt. Am Telegraphengebäude bildete sich eine große Schlange. Wieder- und neugeborene Organisationen beeilten sich, ihre Treue Seiner Majestät, General Denikin, und dem französischen Militärattaché auszusprechen. Leutnant Klyschko aber schickte sofort eine Ordonnanz mit einem Befehl an den Postobersten. Der Befehl lautete: „Auf Grund von Erwägungen militärischen Charakters verbiete ich, Telegramme dieser Art zu befördern."

„Er versteht es besser — jung, aber tüchtig!" sagte der Bürgermeister.

„Militärgeheimnis ist eine ganz große Sache, man muß sie verstehen," bemerkte der Geschäftsführer des Militärobersten.

Im Stabsgebäude des Leutnants Klyschko ging die Arbeit sehr rasch vorwärts. Man brachte aus dem Gefängnis einige Kommunisten, die persönlich von Klyschko und Gusseff vernommen wurden. Es wurden auch einzeln alle Mitarbeiter des Militärkommissariats vorgeführt, aber nachher wurden sie wieder eingesperrt. In dem Gebäude, wo das Militärkommissariat sich befand, wurde eine große Haussuchung vorgenommen. Was man aber die Verhafteten gefragt hat, und was sie geantwortet haben, wußte niemand.

„Das ist Militärsache, Klyschko wird schon untersuchen, jung aber tüchtig," sagte ruhig der Bürgermeister.

In der Stadt wurden trübe Gerüchte verbreitet, der Chef des Militärkommissariats habe lange mit Klyschko gesprochen und ihm sehr wichtiges Material mitgeteilt. Man sprach auch davon, daß der Sekretär des gewesenen Ausführungskomitees, Iwanzoff, gesagt habe, er sei in die Partei nicht aus Idealen, sondern aus ganz anderen Gründen eingetreten.

•

Am nächsten Tage wimmelte es in der Hauptstraße von Bolotinsk wie in einem Ameisenhaufen. Es handelte sich um eine sonderbare Prozession. Die ganze Organisation der Ortsgruppe der Kommunistischen Partei Rußlands wurde unter Bewachung der ganzen Militärabteilung aus dem Gefängnis geführt.

Der Mehlhändler Tscheinokoff stellte sich mitten auf die Straße und fing an, die Kommunisten und hauptsächlich den Verwalter der Finanzabteilung zu beschimpfen. Er mußte aber gleich aufhören, da ein berittener Soldat ihn fortjagte. Man führte die Kommunisten in ihr Parteilokal, das von Soldaten umstellt war.

„Was ist los? Was wird mit denen geschehen?" staunten die Anwesenden. „Klyschko weiß, was er tut — jung aber tüchtig," sprach der Bürgermeister.

Im Parteilokal begab sich unterdessen folgendes:

Der Sekretär des Parteikomitees erhob sich und forderte die Genossen auf, ihre Plätze einzunehmen und sich ganz ruhig zu verhalten. Gleich darauf sagte er mit außerordentlich feierlicher Stimme: „Ich eröffne hiermit die Versammlung der Organisation. Einziger Punkt der Tagesordnung: Der gegenwärtige Augenblick."

„Was geht in der Stadt vor?" ertönten ungeduldige Stimmen.

„Ich bitte, sich zu beruhigen," lächelte der Sekretär, „gleich wird Ihnen alles klar werden." Das Wort hat der Genosse aus dem Gouvernement, Gerasimoff."

Aus den Kulissen tritt Leutnant Klyschko, worauf sofort ein großer Lärm anfängt. „Was ist los, was hat dieser Bandit bei uns in der Versammlung zu suchen?" schrien alle.

Der Sekretär aber schrie noch lauter: „Ruhe! Das Wort hat Genosse Gerasimoff!"

„Genossen! Ich bin kein Leutnant und heiße auch nicht Klyschko," sprach der Vermeintliche. „Ich bin Mitglied der Gouvernementsitscheka und heiße Gerasimoff."

Wie ein elektrischer Strom lief es durch den Saal.

„Ich bin Gerasimoff," setzte er fort. „In Bolotinsk waren Denikinsche Agenten anwesend. Sie haben sich in die Partei eingeschlichen. Sie saßen auch im Militärkommissariat und im Ausführungskomitee. — Sie standen mit der Denikinschen Geheimpolizei in Verbindung. Wir haben das schon früher festgestellt. Doch waren wir nicht in der Lage, es zu beweisen, und darum waren wir zu diesem Manöver gezwungen. Diese Operation hat ihr Ziel vollständig erreicht. Das konterrevolutionäre Nest ist liquidiert. Sie befinden sich alle in unseren Händen. Genosse Prokopjeff, der Ihnen als Leutnant Gusseff bekannt ist, nimmt die Betreffenden alle jetzt fest." —

Gerasimoff konnte seinen Bericht nicht zu Ende führen. Im Saale ertönte Hurrageschrei.

Genosse Iwikoff, der ein großer Liebhaber von Resolutionen war, schlug vor:

„Die Taktik des Leut...tsu, d. h. des Genossen Gerasimoff vollständig gutzuheißen."

Wir beginnen morgen mit

PASSAGIERE III KLASSE

DER

FEDERLEIN DICKEBUCH 270 SEITEN

ROMAN VON KURT KläBER

Roter Pfeffer

Vernunft und Irrsinn vor dem Tode

Ein alter Bauer war todkrank und erklärte seiner Frau, wie er alles nach seinem Tode geordnet haben wollte.

„Vergiß nicht Marie," murmelte er, „daß mir Johannson 25 Kronen schuldig ist."

„Hört bloß," sagte seine Frau zu den Nachbarn, die sich versammelt hatten, um ihre Trauer zu teilen, „wie umsichtig er bis zuletzt ist."

„Und vergiß nicht, Marie," fuhr der Sterbende nach einer Weile fort, „daß ich dem alten Petterson 50 Kronen schulde."

„Armer Kerl," sagte die Frau des Kranken, „jetzt redet er wieder irre."